

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 08.05.2008**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Stadthaus, Wappensaal,

Zeit:

16:30 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Andreas Nowotny	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Herr Norwin Dorn	Seniorenvertretung
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Manfred Czock	SKE
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE
Frau Annerose Runde	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Sven Weise	Freie Träger
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG
Frau Petra Schneutzer	Verw
Herr Steffen Heinritz	Verw
Herr Bernd Werner	Verw
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw
Frau Annerose Winter	Verw
Herr Uwe Theiß	Verw

Entschuldigt fehlen:

Frau Hanna Haupt	SPD	Vertreter Herr Michael Zeidler
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE	
Frau Anja Hunger	SKE	
Frau Katja Pähle	SKE	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Frau Dorit Schmidt	Verw	
Frau Susanne Wildner	Verw	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Vorlagen
- 3.1. 10-Punkte-Aktionsplan der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07101
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen
- 8.1. Information zur Ausschreibung "Gesonderte Beratung und Betreuung von Personen nach dem Aufnahmegesetz Artikel 1 § 1 Abs. 1 Satz 1 außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften
- 8.2. Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Außerdem begrüßt sie Herrn Dr. Wiegand, welcher heute in Vertretung für Herrn Dr. Marquardt an der Sitzung teilnimmt. Herr Dr. Wiegand ist seit einer Woche Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Gesundheit, Umwelt und Sport.

Die Ausschussvorsitzende erteilt Herrn Dr. Wiegand das Wort.

Herr Dr. Wiegand stellt sich vor und freut sich auf eine angenehme Zusammenarbeit. Er bringt zum Ausdruck, dass er sich nach seinem Umzug nach Halle hier sehr wohl fühlt. Er bittet die Mitglieder bei auftretenden Problemen und mit Anregungen zu ihm zu kommen. Die Stadt Halle muss versuchen, sich besser nach außen hin darzustellen.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Herrn Dr. Wiegand.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

zu 3 Vorlagen

zu 3.1 10-Punkte-Aktionsplan der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2008/07101

Die Ausschussvorsitzende erteilt Frau Schneutzer das Wort.

Frau Schneutzer erläutert die Erstellung des 10-Punkte-Aktionsplanes der Stadt Halle. Sie bittet um Korrektur auf Seite 12, letzte Zeile: bitte ändern „Interkulturelle“ in „Internationale“.

Herr Dr. Heinrich fragt nach der Definition „rechte Partei“ (Seite 2) und fordert eine klare Position zum Links- und Rechtsextremismus.

Während der Diskussion um den Begriff „rechte Partei“ wird die Intention klar, der Begriff jedoch nicht. Die Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung, über diesen Begriff nachzudenken und ihn zu ändern, bevor die Vorlage in die anderen Ausschüsse geht. Der Vorschlag der Ausschussvorsitzende wäre „rechtsextremistisch“, Herr Dr. Wiegand nennt den Begriff „rechtsradikal“ als polizeilichen Begriff und bittet darum, den „landestypischen“ Begriff noch zu recherchieren und zu verwenden.

Herr Dr. Yousif bittet darum, auf Seite 12 bei den Interkulturellen Veranstaltungen noch das Internationale Fußballturnier aufzunehmen.

Herr Häder hat die allgemeine Anmerkung, dass ihn die Aufzählung von Projektmaßnahmen nicht befriedigt, es gäbe keine neuen Ziele. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, etwas zu verbessern.

Die Ausschussvorsitzende bittet um Untersetzung der Verpflichtungen 6 und 7 mit Projektmaßnahmen, außerdem fehlt ein Controlling.

Frau Wolff führt an, dass Maßnahmen nicht richtig umgesetzt werden, wenn es darauf ankommt. Sie fragt nach Verpflichtung Nr. 8. Frau Schneutzer antwortet, dass die Aus- und Weiterbildung Maßnahmen zur Schulung der Mitarbeiter der Verwaltung beinhaltet. Bei bestimmten Trainingsmaßnahmen fehlt noch die finanzielle Untersetzung. Es gibt Maßnahmen, die bereits laufen, Maßnahmen, die noch nicht beendet sind und Maßnahmen, die in Aussicht sind.

Frau Runde bittet zu definieren, was Ziele sind, alles andere sind Maßnahmen. Dies ist nicht Sinn und Zweck des Planes.

Frau Dr. Stark fragt, ob eine Berichterstattung zum Plan erfolgt. Frau Schneutzer sagt, dass immer ein Controlling über die Fördermittelgeber erfolgt, z. B. bei den Trägern. Sie bietet an, dass Projekte angesehen werden können oder auch im Ausschuss vorgestellt werden können.

Herr Dr. Heinrich findet Verpflichtung 6 schrecklich, dieser Punkt sollte eine Selbstverständlichkeit für die Stadt sein. Frau Schneutzer erläutert, dass die Formulierungen aus dem Netzwerk „Europäische Koalition Städte gegen Rassismus“ vorgegeben sind. Diese wurden in den Plan übernommen und können nicht verändert werden.

Herrn Häder fehlt in Verpflichtung 1 der Begriff Rassismus beim „Kommunalen Netzwerk“.

Frau Schneutzer führt an, dass es gegenüber anderen Städten in Halle mehrere Gremien, wie z. B. den Präventionsrat gibt. Dieser kann im Ausschuss vorgestellt werden.

Frau Wolff nennt den Präventionsrat ein schlechtes Beispiel. Frau Schneutzer bedauert, dass der Präventionsrat in den letzten drei Jahren nicht richtig gearbeitet hat, was sich jetzt ändern wird. Er wird vier mal im Jahr tagen und auch inhaltlich neu strukturiert.

Herr Dr. Wiegand sagt, dass er im Auftrag der Oberbürgermeisterin den Präventionsrat übernimmt und ihn durch konkrete Projekte wiederbeleben wird. Die nächste Sitzung findet am 29.5. statt.

Herr Czock fragt nach dem Vorfall im HfC-Stadion, welcher strafrechtlich angeblich nicht relevant sei, aber der Verein erhält Sanktionen. Herr Dr. Wiegand sagt, dass rassistische Taten strafbar seien, jedoch konnten die Rufe nicht bestimmten Tätern zugeordnet werden. Die strafrechtliche Verfolgung ist Sache der Staatsanwaltschaft.

Herr Czock fragt, ob die Sache mit den Sprachkursen (Verpflichtung Nr. 8) nicht übertrieben wird? Frau Schneutzer erläutert, dass die Deutsche Sprache eine Grundvoraussetzung für die Integrationsarbeit ist. Familien, die neu nach Halle kommen, erhalten die Möglichkeit über Migrantensorganisationen betreut zu werden und Deutsch zu lernen oder im Rahmen der Bundesförderung über Integrationskurse.

Frau Tomczik-Radji fragt nach Straftaten und wie die Evaluierung erfolgt. Frau Schneutzer sagt, dass z. B. bei Bundesprojekten Mitarbeiter des Bundesamtes nach Halle kommen zur Projektbewertung, die Auflagen müssen erfüllt werden, sonst werden Fördermittel zurückgezogen.

Die Ausschussvorsitzende spricht das Thema aus der Presse „Impfen wird vernachlässigt“ an, wann kommt der Gesundheitsführer? Herr Dr. Wilhelms sagt, dass der Gesundheitsführer für Migranten mehrsprachig sei, die Übersetzungen liegen jetzt vor, der Gesundheitsführer müsste jetzt fertig gestellt sein. Das Thema Impfen ist aber nicht ausschließlich ein Problem der Migranten.

Frau Runde fragt nach einem Seniorenführer für Migranten. Herr Dr. Wilhelms antwortet, dass es diesen nicht gibt.

Die Ausschussvorsitzende bittet darum, im Ausschuss eine Information bzw. einen Zwischenbericht zur Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsplanes im April 2009 zu geben und hierzu den Präventionsrat mit einzuladen. In zwei Jahren findet eine komplette Berichterstattung statt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Keine

zu 5 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Frau Wolff hätte eine Frage an die ARGE zur Förderung U 25. Ihr ist ein Fall bekannt, in dem eine Kindergärtnerin ihre Umschulung nicht finanziert bekommt und nicht in diesem Beruf integriert wird.

Frau Runde fragt, ob Gelder zurückgezahlt werden müssen in dem Zwischenzeitraum zwischen Abitur und Bund/Sozialem Jahr.

Herr Nowotny informiert zur Frage von Frau Wolff, dass das Sozialgericht gerade in einem Fall dazu entscheidet.

Frau Tomczik-Radji bittet die Ergebnisse der Familienbefragung hier im Ausschuss vorzustellen. Die Ausschussvorsitzende wird im Juni Herrn Weiske dazu einladen.

Frau Tomczik-Radji fragt, warum Kinder aus dem Krankenhaus nicht entlassen werden, wenn in diesem Verdacht auf Noro-Viren vorliegt. Herr Dr. Wilhelms ist dies nicht klar, es werden keine Patienten bei diesem Verdacht in die Klinik neu aufgenommen, aber ihm ist unklar, warum sie nicht entlassen werden sollten.

Die Ausschussvorsitzende fragt nach der Auslastung des Halle-Passes und bittet die Verwaltung um eine Gegenüberstellung 2007 zum I. Quartal 2008 (Essengeldermäßigung). Was passiert, wenn mehr Anträge kommen als geplant? Frau Winter antwortet, dass dann ein überplanmäßiger Antrag gestellt wird.

Frau Wolff fragt nach den Auswirkungen der 10%igen Haushaltssperre und den Tarifierhöhungen. Diese Frage wird im August beantwortet.

zu 6 Beantwortung von Anfragen

Keine

zu 7 Anregungen

Herr Dr. Yousif macht den Vorschlag, den Ausländerbeirat einzuladen. Dies ist vorgesehen, jedoch steht der Termin noch nicht fest.

Frau Wolff bittet um Rattenbekämpfung im Stadtpark. Herr Dr. Wilhelms wird dies veranlassen.

zu 8 Mitteilungen
zu 8.1 Information zur Ausschreibung "Gesonderte Beratung und
Betreuung von Personen nach dem Aufnahmegesetz Artikel 1 § 1
Abs. 1 Satz 1 außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften

Herr Theiß informiert über das neue Aufnahmegesetz in Sachsen-Anhalt. Bei einer Zuweisungsquote von 9,8 % in Halle stehen der Stadt 1,5 Beratungsstellen zur Verfügung, die nur an einen Träger vergeben werden. Ab 1. Juli wurden diese per Ausschreibung an das Eine-Welt-Haus vergeben.

Herr Dr. Yousif fragt, ob eine keine schriftliche Information gäbe. Frau Winter teilt mit, diese wird dem Protokoll beigefügt.

zu 8.2 Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II

Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die Vertreter der ARGE heute nicht anwesend sind, es jedoch auch keine neuen Erkenntnisse gibt. Am 15.5. findet die nächste ARGE-Sitzung statt. In der SGGA-Sitzung im Juni wird die ARGE wieder vertreten sein.

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.06.08
